Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Technische Rundschau“, „Haus Hof Garten“, Witzblatt „ULK“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslow. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 12,75 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr, Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 4,50 Mark, vierteljährlich 13,50 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn und die Tschecho-Slowakei 7,— Mark, fürs übrige Ausland 10 Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 2.— u. 30% Aufschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 2.— die Zeile. Inserat.- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdam. Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Köpenicker Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 191; Frankf. All. 286; Frankf. Allee 340; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 187; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 25; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 460 • Ausgabe A Nr. 250
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 460

Dienstag, 30. September 1919
48. Jahrgang

Die neue Drohnote der Alliierten.

T. W. Die Sieger in Paris fahren fort, zu der deutschen Regierung und dem deutschen Volke in jenem Korporalstone zu sprechen, der selten von wirklichem Kraftbewußtsein zeugt. Die Stilisierung der Pariser Noten wird hoffentlich überall in der Welt die Ueberzeugung verstärken, daß die Militaristen, die an der Seine zu Hause sind, denjenigen, die an der Havel und der Elbe geboren wurden, fabelhaft ähnlich sehen. Wir haben hier den Standpunkt vertreten, daß die Noten, in denen die Alliierten kürzlich eine Aenderung der Reichsverfassung forderten, in der Form ungehörig, im sachlichen Inhalt dagegen nicht unberechtigt gewesen seien. Die Note, in der jetzt abermals die Zurückziehung der deutschen Truppen aus den baltischen Gebieten gefordert wird, ist nicht nur in der Fassung ein schönes Dokument übermütigen Säbelgeistes, sondern sie ist auch sachlich unwahr und ungerecht. Diese Note besagt, daß das Viergestirn in Paris die Erklärung der deutschen Regierung, sie sei den im Baltikum sich festklammernden, die Heimkehr ablehnenden Truppen gegenüber machtlos, für ein leere Ausrede hält. Die Verfasser des Pariser Dokumentes müssen wissen, daß der deutschen Regierung die Macht, die widerspenstigen Truppen heimzuholen, tatsächlich fehlt.

Es mag sein, daß man in Berlin, in dem Gefühl der Ohnmacht, sich von den Vorgängen im Baltikum zu lange mit dem Wunsche, nichts zu hören und nichts zu sehen, abgewendet hat. Das sehr begreifliche und anständige Empfinden, daß den deutschen Soldaten dort, denen Siedlungsland versprochen worden war, jetzt Unrecht geschehe, trat hinzu. Man hätte auch den General von der Goltz schon früher abberufen, hätte ihn nicht noch einmal nach dem Baltikum senden sollen, da seine Anwesenheit dort in jedem Falle so ausgelegt werden konnte, als seien die deutschen Truppen dort noch eine offiziell anerkannte oder geleitete Organisation. Aber was man früher versäumt hat, wurde in den letzten Wochen nachgeholt. Die deutschen Truppen im Baltikum erhalten keine Lebensmittel und keine Löhnung mehr. Diejenigen, die noch weiter den Gehorsam verweigern, büßen alle Versorgungsansprüche ein. All' diese Maßnahmen wurden schon in der Sitzung des Reichskabinetts vom 5. September verfügt. Vor einigen Tagen hat man auch dem General von der Goltz den Befehl zur Rückkehr erteilt. Die Boulevardpresse, die Blätter von der „Figaro“- und „Matin“-Art, behaupten fortgesetzt, von amtlicher deutscher Seite würden die Truppen der „Eisernen Division“ in ihrem Widerstande heimlich bestärkt. Das ist eine vollendete Sinnlosigkeit. Niemand, der irgendwie zur heutigen deutschen Regierung gehört oder ihr nahesteht, hat ein Interesse daran, ein Spiel zu fördern, das den Ententemächten den Vorwand zu immer neuen Schikanen gibt. Und niemand, dem die Sicherheit der Republik angelegen sein muß, kann zur Stärkung oder gar zur Vermehrung — denn auch das wird behauptet und in der Note der Alliierten angedeutet — einer „Eisernen Division“ beitragen wollen, deren republikanische Zuverlässigkeit ja wohl nicht ganz über jeden Verdacht erhaben ist.

Die Alliierten, oder ihre Pariser Notenschreiber, verlangen hoheitsvoll, daß „die Räumung unverzüglich in Angriff genommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden muß“. Leider geben sie keinen Fingerzeig dafür, wie die deutsche Regierung, der sie alle Machtmittel entrissen haben, das nun eigentlich machen soll. Denn das ist das Allerschönste: sie stellen unablässig Forderungen, die nur ein starker Staat verwirklichen könnte, und sie sind gleichzeitig bestrebt, der deutschen Republik alle Möglichkeiten zur Kraftanwendung zu entziehen. Man hat ja gesehen, was sich eben erst wieder in der französischen Deputiertenkammer begeben hat. Der Abgeordnete André Lefèvre findet Deutschland noch immer nicht geschwächt genug und wünscht, durch einen Zusatz zum Friedensvertrage die Entwaffnung Deutschlands „effektiv“ gemacht zu sehen. Der „Temps“, dessen Furcht vielleicht durch die stille Erkenntnis der eigenen Sünden gesteigert wird, will uns keine Kanonen lassen, möchte am liebsten den ganzen Friedensvertrag umwerfen, um die von ihm erträumte Zerstückelung Deutschlands und die Rheingrenze zu erreichen, und hofft jetzt auf die Ablehnung der Ratifizierung in Amerika. Clemenceau verwirft den Zusatzantrag des Herrn Lefèvre, scheint aber in seiner Kammerrede, soweit die telegraphisch übermittelten Uebersetzungen erkennen lassen, betont zu haben, selbst bei einem bolschewistischen Angriff auf Deutschland würde der Völkerbund ein gleichgültiger Zuschauer sein. Das ist uns übrigens nicht gerade überraschend, da wir ja beobachten können, wie erfolglos und ruhmlos die Ententetruppen in Rußland operiert haben, und wie schwach und unfähig der Siegerbund sich dem Bolschewismus gegenüber zeigt. Man muß noch einmal sagen, daß all' die Beängstigungen, die aus den Worten der Lefèvre, Barthou und Genossen sprechen, geeignet sind, das arg gesunkene Selbstvertrauen des deutschen Volkes wieder zu erhöhen. Aber so dankbar wir für diese Seelenstärkung sein könnten — es geht nicht, daß man uns zumutet, die „Eiserne Division“ gewaltsam aus dem Baltikum zu vertreiben, wenn man uns nichts, was zu solchen Unternehmungen nötig wäre, läßt. Die Sieger in Paris sind ja große Kenner militärischer Dinge, Meister der Strategie. Sie müssen wissen, daß man mit den hunderttausend angeworbenen Soldaten, die sie uns gelassen haben, nicht einmal die Ordnung im eigenen Lande sichern, und gewiß nicht Zwangsvollstreckungen in fernen Gegenden vollziehen kann.

Warum tun sie nichts, um uns mit gutem Beispiel voranzugehen? Sie haben ja die Macht, sie haben ja große und gut disziplinierte Armeen. Warum rücken sie nicht selber in den baltischen Landen vor? Warum machen sie nicht selber Ordnung, da sie doch die Ordnungsstifter in Europa sind? Aber sie haben ja auch in ihrem eigenen Lager einen ganz ähnlichen Fall. Genau wie, gegen ihren Willen und gegen den Willen der deutschen Regierung, die Leute der „Eisernen Division“ nicht aus dem Baltikum herausgehen wollen, gehen, gegen ihren Willen und gegen den Willen der italienischen Regierung, d'Annunzio und seine Kampfgenossen nicht aus Fiume heraus. Was unternehmen sie denn da? Sie verkünden uns die Absperrung von Lebensmitteln und Rohstoffen, wenn die verschanzten „Eisernen“ nicht aus ihren Schlupfwinkeln herausgeholt würden, aber warum kündigen sie dann der italienischen Regierung, die doch immerhin stärker ist als die deutsche, nicht das Gleiche an? Sie können, in all' ihrer Siegerherrlichkeit, ihren Willen nicht im eigenen Lande durchsetzen, und muten dem zerschlagenen, entwaffneten Deutschland dieses Kunststück zu. Der Sinn für jene Gerechtigkeit, in deren Namen sie kämpften, hat sie während der Friedensberatungen verlassen und ist noch nicht zu ihnen zurückgekehrt.

Wenn nicht, wie bei Homer, die Götter den Niedergesunkenen zu Hilfe eilen und uns himmlische Waffen zur Unterwerfung der Ungehorsamen borgen, oder wenn nicht sonst ein Wunder uns hilft, werden die alliierten Mächte es ablehnen, die von der deutschen Regierung ihnen „unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht zu ziehen.“ Sie wollen auch die finanziellen Erleichterungen verweigern, die angeblich die deutsche Regierung genießt oder zu erlangen versucht. Solange die Alliierten uns nicht erklären, was nach den Maßregeln, die von der deutschen Regierung bereits ergriffen wurden, noch Wirksames geschehen könne, vermögen wir in solchen Strafverkündigungen nur den Ausdruck einer blinden Machtpolitik zu sehen. Zu allem, was praktisch durchzuführen ist und die verirrten, disziplinlosen und zum großen Teil verwilderten Krieger aus dem Baltikum fortbringen könnte, ist Deutschland bereit. Aber wer in erster Linie hat das herbeigeführt, was uns jetzt wieder geschieht? Jene deutschnationalen Helden, die den Soldaten im Baltikum Ungehorsam gepredigt haben, und jene deutschnationale Presse, die den Hartnäckigen Kränze gewunden hat. Diese Ermahnungen und Hymnen haben die Truppen dort zum Widerstand ermutigt und der Entente den Eindruck gegeben, solcher Widerstand gelte in Deutschland für eine nationale Tat. Wenn die Lebensmittel noch knapper werden und die Rohstoffe ausbleiben, weiß Deutschland, wem es das verdankt. Aber leider trägt die ganze, unsagbar unpsychologische und kurzsichtige Politik der Entente, indem sie Deutschland immer weiter in die Verbitterung hineintreibt, zur Belebung des deutschnationalen Geistes bei. So arbeiten die Chauvinisten dort und hier, wie gewöhnlich, für einander, und zwischen ihnen leidet das Volk.

Die Entente fordert die sofortige Räumung des Baltikums.

Die angedrohten Strafmaßregeln.

Berlin, 29. September. (W. T. B.)

General Nudant hat dem Vertreter der deutschen Waffenstillstandskommission in Düsseldorf folgende Note überreicht:

Paris, den 27. September 1919.

Nach dem Wortlaut des Artikels 12 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat Deutschland folgende Verpflichtung übernommen: Sämtliche deutschen Truppen, die augenblicklich auf Gebieten stehen, die vor dem Kriege zu Oesterreich-Ungarn, Rumänien oder der Türkei gehörten, müssen unverzüglich hinter die Grenze Deutschlands vom 1. August 1914 zurückgezogen werden. Sämtliche Truppen, die sich gegenwärtig auf Gebieten befinden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörten, müssen gleichfalls hinter die oben beschriebene Grenze Deutschlands zurückgenommen werden, und zwar, sobald die Alliierten es verlangen.

Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, hat unter dem 27. August wissen lassen, daß für Deutschland der Zeitpunkt zur Räumung der genannten Gebiete gekommen sei. Er hat die deutsche Regierung durch seine Note vom 3. September zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten angehalten. Die deutsche Regierung versucht sich obiger Verpflichtung zu entziehen durch einen Bericht, der Gründe anführt, die die alliierten Mächte nicht als stichhaltig anerkennen können. **Die alliierten Regierungen lehnen es insbesondere ab, zuzulassen, daß die deutsche Regierung sich der ihr zufallenden Verantwortung dadurch entzieht, daß sie vorgibt, nicht die Macht zu haben, die im Baltikum stehenden Truppen zum Gehorsam zu zwingen.** Sie ersuchen demgemäß die deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung sämtlicher deutschen Truppen, Stäbe und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Angriff zu nehmen; desgleichen hat die deutsche Regierung unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen, die in der genannten baltischen Provinz gebildet sind, angenommen haben, hinter die obige beschriebene Grenze zurückzuziehen. Sie hat sich ferner jeder Ermächtigung zum Eintritt in solche Dienste zu enthalten und die Annahme solcher Dienste auf das strengste zu verbieten. Die Räumung muß unverzüglich in Angriff genommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden. **Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgesetzt haben, daß ihrem Ersuchen voll entsprochen wird, keinerlei der von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht ziehen werden.** Sie haben infolgedessen Anweisung gegeben, keinem dieser Anträge stattzugeben. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig genießt, oder die die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen oder deren Angehörigen zu erlangen sucht, ablehnen.

Wenn die deutsche Regierung weiterhin ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, werden die alliierten Mächte **alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen ergreifen**, um die Ausführung der genannten Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages sicherzustellen.

*

Zu dieser Note wird uns mitgeteilt:

Wenn auch die Note der Entente über die sofortige Räumung des Baltikums kein Ultimatum darstellt, so wird doch das Reichskabinett unverzüglich zu der Note Stellung nehmen und dem Vernehmen nach in einer Antwortnote seinen Standpunkt darlegen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen hat, um ihren schon längst erteilten Räumungsbefehl zur Durchführung zu bringen. Da gütliche Mittel keinen Erfolg gehabt haben, so hat, wie bereits mitgeteilt, die Regierung Gewaltmittel anwenden müssen. Es ist bekanntlich die Einstellung der Löhnungszahlungen und des Transports von Lebensmitteln angeordnet worden. Außerdem ist den ungehorsamen Truppen angedroht worden, daß sie für den Fall weiterer Gehorsamsverweigerung, jeglicher Versorgungsansprüche verlustig gehen würden. Die Regierung, die wiederholt darauf hingewiesen hat, daß ihr weitere Mittel nicht zur Verfügung ständen, hat sich außerdem dazu bereit erklärt, eine deutsch-interalliierte Kommission zur Ueberwachung und Durchführung der Räumung in das Baltikum zu schicken. Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Regierung auch den Oberbefehlshaber der Truppen im Baltikum, General v. d. Goltz, schon in der vorigen Woche abberufen, nachdem seine Bemühungen, die Truppen zur gütlichen Räumung des Baltikums zu veranlassen, erfolglos geblieben sind.

Der englische Eisenbahnerstreik.

Einstellung der Verschiffung von Kohlen.

Amsterdam, 29. September. (W. T. B.)

Einer Reutermeldung aus London zufolge gibt Downing Street folgende Mittagsmeldung heraus: Die aus dem Lande eintreffenden Nachrichten besagen, daß so gut wie der gesamte Eisenbahndienst eingestellt wurde. Unruhen sind nicht gemeldet. Die Regierung richtet in den Straßen Transportdienste ein, um die